

Ressort: Politik

Ex-Familienministerin will mehr über Integrationsprobleme sprechen

Berlin, 25.07.2018, 19:32 Uhr

GDN - Ex-Familienministerin Kristina Schröder hat die Union aufgerufen, Integrationsprobleme durch den muslimischen Glauben offen zu thematisieren. "SPD, Grüne und Linke haben sich noch nie ernsthaft mit der integrationshemmenden Wirkung des Islams befasst", schreibt Schröder in einem der "Welt"-Gastbeitrag.

"Die AfD nutzt dieses diskursive Vakuum und versucht, voller Menschenverachtung dieses Thema zu ihrem Alleinstellungsmerkmal zu machen." Auch deshalb solle die Union "ihre Scheu ablegen" und die Frage, inwiefern der muslimische Glaube Integration behindere und wie darauf reagiert werden könne, "ins Zentrum ihrer gesellschaftspolitischen Agenda rücken". Dabei müsse auch über das Verhältnis des Islams zur Gewalt geredet werden, so Schröder. "Auch deshalb, weil es gerade die moderaten Muslime sind, die die ersten Opfer eines aggressiven Islams sind." Darüber hinaus zeigte Schröder sich besorgt, dass das Meinungsspektrum innerhalb der Union aus CDU und CSU eingeschränkt werden könnte. "Sie haben die Möglichkeit, mit verteilten Rollen zu spielen und sich breiter als andere Parteien aufzustellen, sowohl bezüglich der Inhalte als auch der angesprochenen Milieus", so Schröder. "Deshalb kam es in der Union auch nie zu einer derartigen Entfremdung zwischen Basis und Funktionären der Partei, wie sie bei der SPD immer wieder zu beobachten ist." Diese vielfältige Ausrichtung der Union sei derzeit aber gefährdet, warnt Schröder. "Ja, auch weil unsere konservative und unsere liberale Denktradition in den letzten Jahren ziemlich geschliffen wurde. Aber vor allem, weil derzeit Gruppen in der Union immer lauter werden, die für sich beanspruchen, die `echte`, `eigentliche` Union zu sein." Schröder verwies dabei auf den Meinungsstreit zwischen sogenannter "Werteunion" und sogenannter "Union der Mitte". Man könne sich nur dann als letzte Volkspartei Deutschlands behaupten, "wenn wir uns in der Union zubilligen, eine gewisse Bandbreite an Positionen zu vertreten", sagte die CDU-Politikerin.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-109356/ex-familienministerin-will-mehr-ueber-integrationsprobleme-sprechen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619